



Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Newsletter Nr. 2 vom 26.1.2017

Inhalt

SCHWERPUNKT: HERAUSFORDERUNGEN FÜR MENSCHENRECHTSSTANDARDS

- MdEP Lunacek: Liebe, Freude und Vernunft gegen Hass und Hetze
- MdB Pau: Schlussfolgerungen aus dem NSU-Komplex
- MdB Brantner: Frauen, Frieden und Sicherheit
- Melber: LSBTI-Rechte auf dem Weg zum Menschenrecht
- DIMR: Erster Menschenrechtsbericht und Landkarte Kinderrechte

LÄNDER

- Schaaf-Derichs: Kommentar zum Berliner Koalitionsvertrag
- Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamt: Seminar
- »Gemeinsam selber machen«: Fachtagung
- Mittelstandspreis für soziale Verantwortung in Baden-Württemberg

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND -DEBATTE

- Neuauflage Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen
- BE und Rechtsformen: Stellungnahme BAGFW
- Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur NPD und Zivilgesellschaft
- LandFrauen: Positionspapier Ehrenamt 4.0
- Armuts- und Reichtumsbericht: Stellungnahme Deutscher Verein

AKTUELLES AUS DEM BBE

- Demokratiestärkende Projekte im ländlichen Raum: Publikation
- AG Zivilgesellschaftsforschung: Dokumentation der 2. (offenen) Sitzung
- Engagement-Initiativen für die Aktionswoche 2017 gesucht!
- Perspektiven für das soziale Engagement: Fachveranstaltung
- Mitglied des Monats: Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V.

VERANSTALTUNGEN, AUSSCHREIBUNGEN, PUBLIKATIONEN

- Gegen Rassismus und Rechtsextremismus: Vernetzungskonferenz
- Freiwilligenmanagement im Wandel?!: Thementag
- Jahrestagung des UPJ-Netzwerks 2017
- »Werkstatt Vielfalt«: 9. Ausschreibungsrunde läuft
- SKala-Initiative: Ausschreibung
- Fonds für Bürgerstiftungen »Auf Augenhöhe«: Bewerbungsstart
- Partizipationsmethoden an Universitäten: ReferentInnen gesucht
- Gemeinwohl und Eigeninteresse: Call for Papers
- »Gemeinsam aktiv«: NAKOS-Arbeitshilfe für Selbsthilfe-Gruppen
- Das »neue caritas-Jahrbuch 2017«: Publikation
- »Was Sie da vorhaben, wäre ja eine Revolution...«: Publikation

- [Stellenausschreibungen](#)
- [Hinweis](#)

SCHWERPUNKT: HERAUSFORDERUNGEN FÜR MENSCHENRECHTSSTANDARDS

MdEP Lunacek: Liebe, Freude und Vernunft gegen Hass und Hetze

Die menschenrechtliche und politische Lage von LGBTI*-Personen im Kreis der OSZE-Staaten und der EU ist das Thema des Beitrages von Mag. Ulrike Lunacek, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments (EP) und Co-Vorsitzende der LGBTI-Intergroup im EP. Dabei greift sie die »Oslo Deklaration« von 2010 und die Erklärung von Helsinki der parlamentarischen Versammlung der OSZE aus 2015 auf, die sich gegen die Praxis in einigen OSZE-Staaten richten. Ebenso stellt sie zentrale Dimensionen der »EU-Roadmap gegen Homophobie und Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität« (Lunacek-Report) dar. Damit aber diskriminierende Gesetze und Diskriminierung in der Gesellschaft verschwinden, bedarf es immer auch des persönlichen, solidarischen Einsatzes von Menschen, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung. Wichtig dafür sind positive Erfahrungen wie auf der Parade 2016 in Warschau: »Keine Attacken von Rechtsextremen oder katholischen FundamentalistInnen, alles friedlich. Dieses Mal flankierten unseren Weg durch die Stadt freundliche PassantInnen auf den Gehsteigen und offene Fenster, aus denen uns Jung und Alt zuwinkte. An diesem Tag in Warschau haben Liebe, Freude und Vernunft gegen Hass, Hetze und Ausgrenzung gesiegt.«

[Beitrag von MdEP Mag. Ulrike Lunacek](#) (PDF, 171 kB)

[nach oben](#)

MdB Pau: Schlussfolgerungen aus dem NSU-Komplex

Schlussfolgerungen aus dem NSU-Komplex für menschenrechtliche Anforderungen an eine Gesamtstrategie gegen Rassismus und Rechtsterrorismus erörtert MdB Petra Pau, seit 1998 Mitglied und seit 2006 Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages. Im rassistischen Alltagsterror sieht sie eines der zentralen Probleme in diesem Land, dem von Zivilgesellschaft, aber auch von Politik und Sicherheitsorganen entschieden entgegenzutreten ist. Ihr Beitrag konzentriert sich auf die Entwicklung von Politik und Sicherheitsorganen, etwa mit Blick darauf, wie eine Wiederholung des Nicht-Erkennens der rassistischen Motivation der Mordserie des NSU verhindert werden kann. Dabei zeigt sie auf, dass wichtige Teile der notwendigen und teilweise umgesetzten Reformen in Polizei und Justiz nur mit Hilfe der Zivilgesellschaft erfolgreich sein können, denn: »Immer noch registrieren unabhängige

Opferberatungsstellen im Durchschnitt ein Drittel mehr Gewalttaten im Bereich ›politisch motivierte Kriminalität - Rechts‹ als die Innenministerien der Länder.«

[Beitrag von MdB Petra Pau](#) (PDF, 166 kB)

[nach oben](#)

MdB Brantner: Frauen, Frieden und Sicherheit

Die Umsetzung der Resolution des UN-Sicherheitsrats 1325 »Frauen, Frieden und Sicherheit« vom 31. Oktober 2000 steht im Zentrum des Beitrages von MdB Dr. Franziska Brantner, seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages und zuvor Mitglied des Europäischen Parlaments. Die Mitgliedstaaten der OSZE verpflichteten sich mit ihrem Gender-Aktionsplan von 2004, die Resolution 1325 im Rahmen Nationale Aktionspläne (NAP) umzusetzen. Deutschland tat dies erstmals im Jahr 2012, eine Fortsetzung für den Zeitraum 2017-2020 (NAP II) wurde am 11. Januar 2017 von der Bundesregierung verabschiedet. MdB Brantner zeigt Mängel auf, aber auch die erzielten Fortschritte: »Am wichtigsten ist jedoch folgende Erkenntnis: Je breiter das Verständnis von Frieden und Prävention angelegt ist, je früher Mittel und Personal mobilisiert werden können, desto besser können die Rechte von Frauen und Mädchen geschützt werden.«

[Beitrag von MdB Dr. Franziska Brantner](#) (PDF, 170 kB)

[nach oben](#)

Melber: LSBTI-Rechte auf dem Weg zum Menschenrecht

Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität auf dem Weg zum Menschenrecht im internationalen Raum ist das Thema des Beitrages von Prof. Dr. Henning Melber, Direktor emeritus der Dag Hammarskjöld Stiftung und Senior Research Associate des Nordic Africa Institute, beide in Uppsala/ Schweden, sowie Professor am Department of Political Sciences der Universität Pretoria und am Centre for Africa Studies der University of the Free State in Bloemfontein. Angesichts von über 70 Staaten, in denen LSBTI-Gemeinschaften einer teils drastischen Strafverfolgung ausgesetzt sind, die Hälfte davon in Afrika, kommt der internationalen Auseinandersetzung eine besondere Bedeutung zu. Dies zeigt Melber anhand der 2016 hart erkämpften Fortschritte im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen, die auch harte Frontstellungen gegen LSBTI-Rechte dokumentierten. Dennoch bleibe mit Queeramnesty zu hoffen, »dass dieser Beschluss ein Wendepunkt in dem Kampf sein wird, eine Welt zu schaffen, die frei von Gewalt und Diskriminierung für alle Menschen, ungeachtet ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität, ist.«

[Beitrag von Prof. Dr. Henning Melber](#) (PDF, 178 kB)

[nach oben](#)

DIMR: Erster Menschenrechtsbericht und Landkarte Kinderrechte

Das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) hat am 7. Dezember 2016 dem Deutschen Bundestag seinen ersten Bericht übergeben. Dieser erstreckt sich über den Zeitraum 1. Januar 2015 bis 30. Juni 2016 und hat Flucht als Schwerpunkt. Künftige Berichte werden jährlich an den Bundestag übergeben. Darüber hinaus greift der Bericht zwei weitere Themen auf: den Ausschluss von 84.500 Menschen mit Behinderungen vom Wahlrecht und den immer noch nicht abgeschlossenen Prozess der Erarbeitung eines Nationalen Aktionsplans für Wirtschaft und Menschenrechte (NAP) für Deutschland. Eine weitere instruktive Publikation findet sich in Form einer Landkarte auf der Webseite des Instituts. Sie präsentiert die Ergebnisse einer Befragung der Bundesländer zum theoretischen wie realen Zugang geflüchteter Kinder zu Kita und Schule. Ein Fazit: »Von einer zufälligen Verteilentscheidung hängt ab, wie lange Kinder auf ihr Recht auf Bildung verzichten müssen.«

[Weitere Informationen und Bericht](#)

[Landkarte Kinderrechte](#)

[nach oben](#)

LÄNDER

Schaaf-Derichs: Kommentar zum Berliner Koalitionsvertrag

SPD, Die Linke und Bündnis90/Die Grünen haben Mitte November 2016 den Berliner Koalitionsvertrag vorgestellt. Carola Schaaf-Derichs, Geschäftsführerin der Landesfreiwilligenagentur Berlin e.V. sowie des Landesnetzwerks Bürgerengagement Berlin und Mitglied im SprecherInnenrat des BBE, stellt in ihrem engagementpolitischen Kommentar »Viel vorgenommen - jetzt heißt es >dran halten und liefern« die wichtigsten Aspekte aus dem schriftlich formulierten politischen Koalitionswillen für die Engagementpolitik in Berlin vor.

[Beitrag von Carola Schaaf-Derichs](#) (PDF, 175 kB)

[nach oben](#)

Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamt: Seminar

Bürgerschaftlich Engagierte stehen in der Sandwichposition zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen vor besonderen Herausforderungen. Aber auch Ehrenamtliche

untereinander sind nicht alle gleich. Manche sehen sich als TeamplayerInnen, manche haben in ihren Verbänden, Vereinen, Kreisen und Gruppen Koordinations-, Vorstands- oder Führungsaufgaben übernommen. Es bedarf im bürgerschaftlichen Engagement oft einer Rollenklärung, wie ehrenamtliche Leitung und ehrenamtliches Team verknüpft sein sollen, damit der Spagat zwischen ehrenamtlicher, aber auch hauptamtlicher Leitung und Teammitglied erfolgreich ist. Das Seminar »Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamt« der Seniorenakademie Bayern am 13. Februar 2017 in Forchheim beschäftigt sich daher u.a. mit den Fragen: Inwieweit sind Ehrenamtliche anderen Ehrenamtlichen und den Hauptamtlichen gegenüber weisungsgebunden, wo beginnt und endet ihr Spielraum, wo können und sollen sie sich selbstständig einbringen? Wie sind Einbindung und das Zusammenspiel mit den anderen Ehrenamtlichen? Anmeldeschluss ist der 13. Februar 2017.

[Weitere Informationen zum Seminar](#)

[nach oben](#)

»Gemeinsam selber machen«: Fachtagung

Welche Möglichkeiten und Räume gibt es, sich gemeinsam auf den Weg in eine nachhaltigere Kommune zu machen oder sich für und in einer nachhaltigen Kommune zu engagieren? Die Fachtagung »Gemeinsam selber machen - Engagement und Kooperationen für Nachhaltigkeit vor Ort« am 15. März 2017 in Nürnberg stellt verschiedene Projekte wie Reparaturcafés, Gemeinschaftsgärten oder Offene Werkstätten vor. Aktive aus diesen Bereichen berichten über Gründung und Potenziale ihrer Initiativen, beantworten Fragen und helfen, Wege und Möglichkeiten kommunaler Unterstützung auszuloten. Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenlos. Anmeldeschluss ist der 3. März 2017.

[Weitere Informationen zur Tagung](#)

[Anmeldung](#)

[nach oben](#)

Mittelstandspreis für soziale Verantwortung in Baden-Württemberg

Um vorbildliche CSR-Aktivitäten von kleinen und mittleren Unternehmen in Baden-Württemberg auszuzeichnen, wird zum 11. Mal in Folge im Rahmen des Mittelstandspreises für soziale Verantwortung die Lea-Trophäe verliehen und den Unternehmen für ihr Engagement gedankt. Bewerben können sich alle baden-württembergischen Unternehmen mit maximal 500 Vollbeschäftigten, die in Kooperation mit einer Organisation aus dem Dritten Sektor, z. B. einem Wohlfahrtsverband, einem Verein oder einer Umweltinitiative, gemeinsam ein Projekt zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen realisiert haben.

Bewerbungsschluss ist der 31. März 2017. Die Preisverleihung findet am 5. Juli 2017 im Neuen Schloss in Stuttgart statt.

[Weitere Informationen zum Mittelstandspreis](#)

[nach oben](#)

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND -DEBATTE

Neuaufgabe Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen

Am 11. Januar 2017 hat die Bundesregierung die »Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie - Neuaufgabe 2016« beschlossen. Bei der Neuaufgabe der Strategie handelt es sich um die umfassendste Überarbeitung seit dem erstmaligen Beschluss 2002. Sie stellt auch den zentralen Rahmen für die nationale Umsetzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) dar. Für jedes Ziel formuliert die neue Strategie politische Prioritäten und Maßnahmen sowie messbare Indikatoren und Ziele, in der Regel für das Zieljahr 2030. Vorausgegangen war ein Dialog mit AkteurInnen auch aus der Zivilgesellschaft.

[Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie - Neuaufgabe 2016](#) (PDF, 4,3 MB)

[nach oben](#)

BE und Rechtsformen: Stellungnahme BAGFW

Am 21. Dezember 2016 veröffentlichte die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) eine Stellungnahme zum Referentenentwurf für ein Gesetz zur Erleichterung unternehmerischer Initiativen aus bürgerschaftlichem Engagement und zum Bürokratieabbau bei Genossenschaften vom 15. November 2016. Darin begrüßt sie die Bemühungen, die Gründungen unternehmerischer Initiativen aus dem bürgerschaftlichen Engagement zu erleichtern, hält aber die vorgesehenen Änderungen für nicht geeignet, dieses Ziel zu erreichen. Insbesondere vermisst sie eine nachhaltige Klärung bei der Frage, für welche unternehmerischen Aktivitäten welche Rechtsform vorgesehen ist.

[Stellungnahme der BAGFW](#)

[nach oben](#)

Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur NPD und Zivilgesellschaft

Am 17. Januar 2017 veröffentlichte das Bundesverfassungsgericht sein Urteil zur NPD. Danach ist die NPD eine verfassungsfeindliche Partei, deren politisches Konzept die Menschenwürde missachtet, mit dem Demokratieprinzip unvereinbar ist und die planvoll und mit hinreichender Intensität auf die Abschaffung der freiheitlich demokratischen Grundordnung hinarbeitet. Da aber eine hinreichende Durchsetzungschance der Partei in Politik und Gesellschaft fehlt, wird sie nicht verboten, womit das Gericht ausdrücklich ein Kriterium aus dem KPD-Verbot von 1956 aufhebt. Zugleich sieht das Gericht Angst- und Bedrohungssituationen in einzelnen Orten oder gegenüber einzelnen Personen, die aber mit polizei- und strafrechtlichen Mitteln zu bekämpfen seien. Die Stärke der demokratischen Zivilgesellschaft in Deutschland führt mit dazu, dass die NPD nicht verboten wird bzw. werden muss.

[Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur NPD](#)

[nach oben](#)

LandFrauen: Positionspapier Ehrenamt 4.0

Am 6. Dezember 2016 verabschiedete das Präsidium des Deutschen LandFrauenverbandes das Positionspapier »Ehrenamt 4.0«. Die Folgen, Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung der Gesellschaft für das Ehrenamt, so der LandFrauenverband, müssen allgemein und speziell auch mit Blick auf den ländlichen Raum genauer diskutiert werden. Für Vereine und Engagierte fordert er eine faire Chance auf dauerhafte digitale Teilhabe: »Ziel muss es sein, die digitalen Errungenschaften für das ehrenamtliche Engagement im ländlichen Raum gewinnbringend einzusetzen. Die Gemeinschaft und andere soziale Faktoren, die die Vereinskultur seit je her ausmachen, gilt es zu erhalten.«

[Positionspapier des LandFrauenverbandes](#) (PDF, 57,9 kB)

[nach oben](#)

Armuts- und Reichtumsbericht: Stellungnahme Deutscher Verein

Am 12. Dezember 2016 ging der 655-seitige Entwurf des 5. Berichts zu Armut und Reichtum in Deutschland (ARB) den Mitgliedern des Berichtsbeirats zu mit der Bitte um eine Stellungnahme bis zum 4. Januar 2017. Als Mitglied im Beraterkreis des 5. ARB gab die Geschäftsstelle des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge eine Stellungnahme mit fachlichen Hinweisen für die Ausgestaltung des Armuts- und Reichtumsberichts am 4. Januar 2017 ab (vgl. auch Stellungnahmen in BBE-Newsletter 1/2017).

[Stellungnahme der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins](#) (PDF, 97,48 kB)

AKTUELLES AUS DEM BBE

Demokratiestärkende Projekte im ländlichen Raum: Publikation

Gute Ideen und Konzepte sind gefragt, um ländliche Räume - nicht zuletzt vor dem Hintergrund des demografischen Wandels - als attraktive, inklusive und offene Lebensregion zu gestalten. Die BBE-Publikation »Von wegen gähnende Leere. Wie demokratiestärkendes Engagement ländliche Räume belebt. Eine Sammlung ermutigender Projektbeispiele« stellt Projektbeispiele aus ganz Deutschland vor, die zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in ihrer Region beitragen. Eingerahmt werden die Projektprofile durch Beiträge zu den Gelingensbedingungen aktiver und demokratischer Landgesellschaften. Kurzinterviews mit engagierten AkteurInnen aus ganz unterschiedlichen Bereichen und ein Serviceteil mit aktuellen Studien und Publikationen ergänzen den Band.

[Download der Broschüre](#) (PDF, 3,1 MB)

AG Zivilgesellschaftsforschung: Dokumentation der 2. (offenen) Sitzung

Die aktuelle Forschung zur zivilgesellschaftlichen Praxis in der Flüchtlingskrise stand im Mittelpunkt der zweiten, offenen Sitzung der AG Zivilgesellschaftsforschung zum Thema »Von der humanitären Hilfe zur Mitgestaltung von Integration: aktuelle Forschung zur zivilgesellschaftlichen Praxis in der Flüchtlingskrise« am 24. Juni 2016 in der Hauptstadtrepräsentanz der Robert Bosch Stiftung in Berlin. Unterstützt wurde die Veranstaltung von der Robert Bosch Stiftung und der Bertelsmann Stiftung. VertreterInnen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft stellten ihre Forschungsaktivitäten vor und diskutierten diese im Kreis der über 50 Teilnehmenden. Die Beiträge der InputgeberInnen stehen online zur Verfügung. Sie bilden einen Ausschnitt der Forschung in den verschiedenen Forschungs- und Engagementfeldern ab und sollen damit einen Beitrag zur Vernetzung der verschiedenen AkteurInnen leisten.

[Beiträge und Materialien zur Sitzung](#)

Engagement-Initiativen für die Aktionswoche 2017 gesucht!

Die Koordinaten der 13. Woche des bürgerschaftlichen Engagements stehen fest: Sie wird vom 8. bis 17. September 2017 stattfinden. Die Auftaktveranstaltung findet am 8. September 2017 in Berlin statt. Auch in diesem Jahr ist das Team der Aktionswoche im Vorfeld der Woche auf der Suche nach guten, innovativen Projekten, die exemplarisch für freiwilliges Engagement stehen. Gesucht wird Engagement mit Vorbildcharakter, das wertvoll, nachhaltig und nachahmenswert sein sollte. Besonders interessant sind Initiativen, die den Bereichen der diesjährigen Thementage zuzuordnen wären: Integration und Kultur (11. September 2017), Jugendengagement und Demokratie (13. September 2017) und Unternehmensengagement und Sustainable Development Goals (15. September 2017). Es ist geplant, die Vorschläge - falls geeignet - im so genannten Schaufenster abzubilden, sie zum »Projekt der Woche« zu küren oder sogar die Engagement-BotschafterInnen 2017 daraus zu generieren. Vorschläge mit den Kontaktdaten des Projektes, einem/ einer AnsprechpartnerIn und einem kurzen Satz, warum genau dieses Projekt in die Auswahl gehört, nimmt das Team der Aktionswoche gern bis zum 5. Februar 2017 entgegen.

Kontakt Team der Aktionswoche
E-Mail: aktionswoche@b-b-e.de

[Weitere Informationen zur Woche des bürgerschaftlichen Engagements](#)

[nach oben](#)

Perspektiven für das soziale Engagement: Fachveranstaltung

Bürgerschaftliches Engagement ist eine tragende Säule unserer sozialen Gemeinschaft. Damit diese wertvolle und eigensinnige »Ressource« sich entfalten und entwickeln kann, braucht es entsprechende Rahmenbedingungen. Was hat sich bewährt? Was ist unerlässlich? Was gilt es zu vermeiden? Auf der Fachveranstaltung »Zweiter Engagementbericht: Perspektiven für das soziale Engagement« am 24. und 25. April 2017 in Berlin sollen die perspektivisch erforderlichen Weichenstellungen für eine moderne und soziale gesellschaftliche Entwicklung mit politischen EntscheidungsträgerInnen identifiziert und diskutiert werden. Die Fachveranstaltung wird Fragen aus dem Zweiten Engagementbericht aufgreifen. Im Hinblick auf die nächste Legislaturperiode soll gefragt werden, welche Herausforderungen und Entwicklungsmöglichkeiten sich perspektivisch aus den Erkenntnissen des Berichts für das soziale bürgerschaftliche Engagement ergeben. Die Veranstaltung richtet sich an leitende Fachkräfte aus der Engagementförderung, SozialdezernentInnen, BürgermeisterInnen sowie an Führungskräfte aus Verbänden und Einrichtungen. Anmeldeschluss ist der 23. Februar 2017. Die Fachveranstaltung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. findet in Kooperation mit dem BBE statt.

[Weitere Informationen zur Veranstaltung](#)

Mitglied des Monats: Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V.

Für ein Miteinander, in dem Ausgrenzung und menschenfeindliche Einstellungen keinen Platz haben, setzt sich der Verein Gegen Vergessen - Für Demokratie ein. 1993 vor dem Hintergrund rassistischer Ausschreitungen in Deutschland gegründet, hat er es sich zur Aufgabe gemacht, die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen und das Unrecht der SED-Diktatur wachzuhalten. Weitere Schwerpunkte seiner Arbeit sind die Förderung von zivilgesellschaftlichem Engagement und politischer Teilhabe sowie die Auseinandersetzung mit politischem Extremismus. Seine Mitglieder führen ehrenamtlich jedes Jahr mehr als 400 Veranstaltungen und Projekte im Bereich der politischen Bildung durch. Zu den Angeboten des Vereins gehören eine Online-Beratung gegen Rechtsextremismus, das Online-Portal »Demokratie vor Ort« für die Recherche lokaler Vereine und Initiativen sowie das Online-Portal »Sport mit Courage« zum Rechtsextremismus im Sport. Vor Ort bietet Gegen Vergessen - Für Demokratie für Schulen und andere Bildungseinrichtungen u.a. Argumentationstrainings gegen rechte Parolen und SchülerInnenprojekte zur Einhaltung der Menschenrechte in der DDR und heute an. Im BBE ist der Verein seit 2008 Mitglied.

[Weitere Informationen zum Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V.](#)

VERANSTALTUNGEN, AUSSCHREIBUNGEN, PUBLIKATIONEN

Gegen Rassismus und Rechtsextremismus: Vernetzungskonferenz

Am 17. Februar 2017 findet eine Vernetzungskonferenz der Flüchtlingsorganisationen und -initiativen sowie Bündnisse und Runden Tische gegen Rassismus und Rechtsextremismus zum Thema »Rassistische Anfeindungen und Gewalt im Kontext von Flucht und Asyl« in Schwerte statt. Im Rahmen dieser Konferenz soll gemeinsam diskutiert und geplant werden, wie man angesichts der anstehenden Herausforderungen handlungsfähiger agieren und sich besser vernetzen kann. Eingeladen sind AkteurInnen und Organisationen der Flüchtlingsarbeit, Mitarbeitende in Jugend- und Wohlfahrtsverbänden und Mitglieder von Bündnissen und Runden Tischen gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Die Teilnahme ist kostenlos. Um Anmeldung wird bis zum 10. Februar 2017 gebeten.

[Weitere Informationen zum Vernetzungstreffen](#)

Freiwilligenmanagement im Wandel?!: Thementag

Im Zentrum des Thementages »One fits all!? Freiwilligenmanagement (ein allgemeingültiges Modell) im Wandel?!« am 23. Februar 2017 in Frankfurt steht eine Bestandsaufnahme der rund 20-jährigen Erfahrung mit den Grundlagen und der Praxis des Freiwilligenmanagements. Ist das Freiwilligenmanagement inzwischen ein allgemeingültiges Erfolgsmodell? Oder braucht es auch hier ein ständiges prozesshaftes Überprüfen der Ziele und Visionen? Was braucht es an Qualitätskriterien, damit Freiwilligenmanagement zum gewünschten Ziel führt? Fördert es tatsächlich das bürgerschaftliche Engagement oder ist es auch ein an ökonomischen Kriterien ausgerichtetes Personalentwicklungsinstrument nur auf die Zielgruppe »Freiwillige« bezogen? Der Thementag ist eine Kooperationsveranstaltung von bagfa e.V., der Initiative Bürgerstiftungen (IBS) und der LandesEhrenamtsagentur Hessen (LEAH). Anmeldefrist ist der 16. Februar 2017. Die Teilnehmendenzahl ist auf 50 Personen begrenzt. Die Vergabe der Plätze erfolgt entsprechend des Eingangs der Anmeldungen. Die Teilnahme ist für bagfa- und LAGFA-Mitglieder und für TrägerInnen des Gütesiegels für Bürgerstiftungen kostenlos. Nichtmitglieder zahlen eine Teilnahmegebühr von 50 Euro (inkl. Verpflegung, Fahrtkosten werden nicht erstattet).

[Weitere Informationen zum Thementag](#)

[nach oben](#)

Jahrestagung des UPJ-Netzwerks 2017

Am 30. März 2017 findet in Berlin die UPJ-Jahrestagung unter dem Titel »CSR in einer Welt im Umbruch« statt. Klimawandel, Flucht und Migration, brüchiger gesellschaftlicher Zusammenhalt oder Digitalisierung - Die Welt wandelt sich in vielen Bereichen dramatisch. Diese Veränderungen lösen Verunsicherungen aus, bieten aber auch vielfältige Chancen. Die Tagung geht der Frage nach: Wie können sich Unternehmen in dieser Welt im Umbruch verantwortlich positionieren, wie profitiert die Gesellschaft davon und welchen Beitrag können sektorenübergreifende Kooperationen zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen leisten? Anmeldeschluss ist der 23. März 2017. Anmeldungen bis zum 6. Februar 2017 erhalten einen Nachlass von 20 Prozent auf den Teilnahmebeitrag. Je nach Organisationsgröße beträgt dieser zwischen 110 und 440 Euro zzgl. MwSt.

[Weitere Informationen zur Jahrestagung](#)

[nach oben](#)

»Werkstatt Vielfalt«: 9. Ausschreibungsrunde läuft

Noch bis zum 15. März 2017 können sich Interessierte mit ihren Projektideen für das Programm »Werkstatt Vielfalt« bewerben. Gefördert werden Projektideen, die lokal oder stadtteilübergreifend angelegt sind. Das heißt, sie füllen ihre unmittelbare Nachbarschaft, ihre Gemeinde oder ihr Viertel mit Leben. Außerdem sind sie längerfristig ausgerichtet (6 bis 24 Monate). Inhaltlich kommen Projekte in Frage, die das Miteinander junger Menschen (8 bis 27 Jahre) mit anderen Jugendlichen oder Menschen fördern, das Verständnis verschiedener gesellschaftlicher Gruppen füreinander vertiefen und die unterschiedlichen Interessen, Erfahrungen und Fähigkeiten für ein gemeinsames Vorhaben und Engagement nutzen oder die Selbstwirksamkeit und aktive Teilhabe junger Menschen an ihrem Lebensumfeld unterstützen. Die »Werkstatt Vielfalt« ist ein Förderprogramm der Robert Bosch Stiftung, das von der Stiftung Mitarbeit durchgeführt wird.

[Weitere Informationen zur 9. Ausschreibungsrunde](#)

[nach oben](#)

SKala-Initiative: Ausschreibung

Vom 30. Januar bis 3. März 2017 können sich gemeinnützige Organisationen für eine Förderung durch die SKala-Initiative bewerben. Gesucht werden besonders wirkungsvolle gemeinnützige Projekte aus den Bereichen Inklusion und Teilhabe, Kompetenz- und Engagementförderung, Brücke zwischen den Generationen sowie vergessene Krisen. Sowohl neu konzipierte Vorhaben als auch laufende Projekte können eingereicht werden. Eine Bewerbung ist ausschließlich online möglich. SKala ist eine Initiative der Unternehmerin Susanne Klatten in Partnerschaft mit dem gemeinnützigen Analyse- und Beratungshaus PHINEO. Bis 2020 fördert SKala rund 100 gemeinnützige Projekte und Organisationen mit insgesamt bis zu 100 Millionen Euro. Etwa drei Viertel der Gesamtsumme werden über die Ausschreibung vergeben.

[Weitere Informationen zur SKala-Initiative](#)

[nach oben](#)

Fonds für Bürgerstiftungen »Auf Augenhöhe«: Bewerbungsstart

Der Fonds »Auf Augenhöhe« unterstützt Bürgerstiftungen, die sich für Integration, gleichberechtigte Dialoge und kulturelle Vielfalt starkmachen. Seit Anfang des Jahres können sich Bürgerstiftungen mit Gütesiegel aus ganz Deutschland um Projektförderungen von bis zu 5.000 Euro bewerben. Der mit mehr als 500.000 Euro ausgestattete Fonds wurde von der Software AG - Stiftung initiiert; die Initiative Bürgerstiftungen (IBS) begleitet ihn inhaltlich.

[Weitere Informationen zum Fonds »Auf Augenhöhe«](#)

Partizipationsmethoden an Universitäten: ReferentInnen gesucht

Im Rahmen der Spring Campus Konferenz der University Alliance for Sustainability (UAS) plant die Stabsstelle Nachhaltigkeit und Energie der Freien Universität Berlin einen Workshop mit den Themenschwerpunkten Anwendung und Durchsetzung partizipativer Prozesse an Hochschulen. Der Workshop wird vom 28. bis 29. März 2017 in englischer Sprache an der Freien Universität Berlin stattfinden. Für den Workshop werden noch ReferentInnen gesucht, die sich konkret mit Partizipationsmethoden an Universitäten beschäftigen und ihre Erkenntnisse bzw. Erfahrungen vor dem internationalen Publikum präsentieren. Für Hinweise auf potenzielle RednerInnen bzw. aktuelle Studien (z.B. zur partizipativen Organisationsentwicklung von Universitäten) ist das Team der UAS dankbar. Ansprechpartnerin ist Katrin Risch, Projektkoordinatorin der UAS.

Kontakt Katrin Risch

E-Mail: katrin.risch@fu-berlin.de

Gemeinwohl und Eigeninteresse: Call for Papers

Vom 21. bis 23. Juni 2017 findet an der Universität Zürich der Kongress der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie (SGS) zum Thema Gemeinwohl und Eigeninteresse statt. Hierfür ist ein Call for Papers veröffentlicht worden. Abstracts im Umfang von maximal 2000 Zeichen (inklusive Leerzeichen) können bis zum 22. Februar 2017 eingereicht werden. Eine Rückantwort der eingegangenen Abstracts erfolgt bis zum 28. Februar 2017.

[Weitere Informationen zum Call for Papers](#)

»Gemeinsam aktiv«: NAKOS-Arbeitshilfe für Selbsthilfe-Gruppen

Die Publikation »Gemeinsam aktiv« der NAKOS (Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen) greift Fragen auf, die der NAKOS zum Thema Selbsthilfe immer wieder gestellt werden. Es sind Fragen zur Rechtsform, zur Haftung, zu Urheber- und Verbreitungsrechten, zum Schutz persönlicher Daten und zu Fördermöglichkeiten. Außerdem geht es um die Organisation der Gruppenarbeit, die Aufnahme neuer Mitglieder, die Ansprache bestimmter Adressatengruppen und die Übernahme von Verantwortlichkeiten. Ziel der Arbeitshilfe ist es, Gruppen der gemeinschaftlichen Selbsthilfe einen Überblick über Themen und Fragen zu geben, die für die Gruppenarbeit und deren Rahmenbedingungen relevant sein könnten. Die Publikation kann kostenlos auf der

Homepage der NAKOS bestellt werden.

[Weitere Informationen zur NAKOS-Arbeitshilfe](#)

[nach oben](#)

Das »neue caritas-Jahrbuch 2017«: Publikation

Das »neue caritas-Jahrbuch« gibt jährlich einen Überblick über die Arbeit der Caritas in Deutschland. Es liefert Einblicke in sozial- und verbandspolitische Fragen und beinhaltet den Geschäftsbericht der Zentrale des Deutschen Caritasverbandes sowie Adressen der Caritas. Auch in diesem Jahr findet sich unter den Grundsatzbeiträgen unter anderem das Thema »Engagement«. In seinem Beitrag »Qualität ist eine Frage der Weltanschauung« befasst sich Peter Nilles mit der Qualität von Freiwilligendiensten im Raum der Kirche. Mit dem Bedarf an Beratung und Coaching von Ehrenamtlichen in der Arbeit mit Geflüchteten beschäftigt sich Annette Rieger in ihrem Beitrag »Wenn Ehrenamtliche an ihre Grenzen kommen«.

[Weitere Informationen zum Jahrbuch 2017](#)

[nach oben](#)

»Was Sie da vorhaben, wäre ja eine Revolution...«: Publikation

Erhard Eppler und Niko Paech kämpfen seit Jahrzehnten für eine ökologische Wende und sind zentrale Vordenker ihrer jeweiligen Generation. In dem Gesprächsband »Was sie da vorhaben, wäre ja eine Revolution« streiten sie darüber, wie der gesellschaftliche Wandel vonstatten gehen kann: Was kann die globalen Krisen noch stoppen? Ist »grünes Wachstum« Fluch oder Segen? Wie gelingt, wie weit reicht die Energiewende? Sind genügsamere Lebensstile in unserer Konsum-Gesellschaft mehr als eine Utopie? Und wer steht in der Pflicht: die BürgerInnen oder die Politik? Das Gespräch wurde moderiert von Christiane Grefe, ZEIT-Redakteurin.

[Weitere Informationen zur Publikation](#)

[nach oben](#)

Stellenausschreibungen

Die Deutsche Morbus Crohn/ Colitis ulcerosa Vereinigung - DCCV e.V. sucht für die Bundesgeschäftsstelle baldmöglichst - befristet auf Grundlage des § 14 Abs. 1 Nr. 3 TzBfG bis zum 31. Oktober 2018 im Rahmen einer Elternzeitvertretung - eine/n ReferentIn Beratung. Bewerbungsfrist ist der 5. Februar 2017.

Die Evangelische Kirchengemeinde Berlin-Dahlem sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/n SozialarbeiterIn, GemeindepädagogIn (75 Prozent RAZ). Die

Projektstelle mit Dienstsitz in Berlin-Dahlem ist befristet auf drei Jahre.
Bewerbungen werden bis zum 31. Januar 2017 erbeten.

Der Bundesverband Deutsche Tafel e.V. sucht für die Berliner Geschäftsstelle zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/n Büro-KoordinatorIn. Die Stelle ist eine Vollzeitstelle (38,5 h) und vorerst auf zwei Jahre befristet. Eine Entfristung wird angestrebt. Bewerbungsfrist ist der 9. Februar 2017.

[Weitere Informationen zu den Stellenausschreibungen](#)

[nach oben](#)

Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint am 9. Februar 2017.

Redaktionsschluss ist der 1. Februar 2017.

Bitte schicken Sie Ihre Informationen an [newsletter\(at\)b-b-e.de](mailto:newsletter(at)b-b-e.de)

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und AkteurInnen im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die PDF-Dokumente der Gastbeiträge im Schwerpunkt des Newsletters werden möglichst barrierearm gestaltet.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im BBE-Newsletter finden Sie unter [Impressum](#).

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein (V.i.S.d.P.), Dr. Rainer Sprengel und Jana Börsdamm, B.A.

Die Öffentlichkeitsarbeit des BBE wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
- Geschäftsstelle -
Michaelkirchstr. 17-18
10179 Berlin-Mitte
www.b-b-e.de

Geschäftsführer PD Dr. Ansgar Klein

Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0
E-Mail: [ansgar.klein\(at\)b-b-e.de](mailto:ansgar.klein(at)b-b-e.de)

[nach oben](#)

Hinweis

Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

